



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Archiv
des Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn

21. JUNI 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Telexschreiber 0 686 890

P/XVI/138 - 23. Juni 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Die Finanzpolitik der CDU ist gescheitert!</u> Die klare Sprache der Tatsachen Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	90
2a	<u>Ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit sichern</u> Zur letzten Pressekonferenz Willy Brandts	38
3	<u>Barbarci in Angola</u> Was geflohene Missionare berichten	43
4	<u>200 000 algerische Flüchtlinge und leere Kassen</u> Von Bruno Kuster, Genf	50
5 - 6	<u>Aus Weiss nach Schwarz</u> Unglaubliche Methoden der CDU-Publizistik	69
7	<u>Zeitgeschichte...</u> <u>Doppel-Pensionär</u>	27

* * * *
* * *

Die Finanzpolitik der CDU ist gescheitert!

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

In seiner ersten Rede vor dem Deutschen Bundestag hat Bundesfinanzminister B t z e l am 13. März 1958 die Grundsätze der Finanzpolitik im Rahmen des Regierungsprogramms der CDU verkündet. Das Ende dieser Wahlperiode dürfte der geeignete Anlass sein für die Feststellung, dass keiner dieser Grundsätze inzwischen erfüllt worden ist. In seiner finanzpolitischen Grundsatzrede hatte Minister Btzel seinerzeit folgende Punkte als seine politische Zielsetzung besonders herausgestellt:

1. Abbau der steigenden Staatsausgaben,
2. Haushalt am Rande des Defizits und
3. Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Was ist nun aus diesen Grundsatzforderungen geworden? Es bedarf keiner langwierigen Untersuchungen, um festzustellen, dass die weit gesteckten Ziele nicht erreicht worden sind. Sofern die Probleme überhaupt in Angriff genommen wurden, blieben sie in den Anfängen stecken. Hier sollen aber Tatsachen sprechen:

1. Die Bundesausgaben sind in dieser Wahlperiode stärker gestiegen als im letzten Bundestag. Während die Ausgaben von 1953 bis 1957 von 27.01 um 7.77 auf 34.78 Mrd DM, oder um 28.77 vH stiegen, schwoll der Bundeshaushalt seit 1957 um 13.37 Mrd DM, also um 38.44 vH, an. Der Ausgabewuchs ist mit 6.6 Mrd DM nicht nur absolut, sondern auch prozentual um rd 10 vH grösser als im zweiten Bundestag. Hierbei ist noch unterstellt, dass die Istausgaben das Haushaltsoll in diesem Jahre nicht übersteigen, wie dies in den letzten Jahren -im wesentlichen durch über- und ausserplanmässige Ausgaben- regelmässig der Fall war. Unter Btzel's Leitung, der auszog, um die Staatsausgaben zu drosseln, ist also der Bundeshaushalt weit stärker ausgedehnt worden als zu Zeiten des Juliusturmes.

2. Als eines der Hauptziele seiner Finanzpolitik wollte Btzel den Bundeshaushalt am Rande des Defizits führen. Die riesigen, bei der Haushaltsplanung nicht vorherzusehenden Steuermehreinnahmen haben auch diese Politik scheitern lassen. Nur mit grosser Mühe konnte der Bundesfinanzminister Überschüsse verhindern. Ob es ihm auch im letzten Jahr seiner Amtsführung gelingt, einen drohenden Überschuss zu verhindern, bleibt abzuwarten. Im Augenblick sieht es noch nicht danach aus.

Die ersten vier Monate dieses Rechnungsjahres ergaben jedenfalls einen sensationellen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben von rd 1.5 Mrd DM! Allerdings sind hierin auch die Erlöse aus dem Verkauf der VW-Aktien enthalten, die zu einem Teil für die Entwicklungshilfe, zum anderen Teil für kulturelle Aufgaben verwendet werden sollen. Die Verplanung für letzteren Zweck steht noch aus. Daher lässt sich noch kein gültiger Schluss für das Ergebnis des ganzen Rechnungsjahres ziehen. Doch zeigt sich immerhin eine nicht zu übersehende

Überschusstendenz und die Bundesregierung wird auch in diesem Jahr wieder einige grössere, nicht vorhergeplante Zahlungen leisten müssen, um einen Überschuss zu verhindern. Hier zeigt sich deutlich der Widersinn einer Finanzpolitik mit starrer, unbeweglicher Zielsetzung. Um am Rande des Defizits zu bleiben, sind z.B. Vorauszahlungen für künftige Rechnungsjahre geleistet und Rüstungslieferungen bereits bei Bestellung in voller Höhe bezahlt worden. Dies hätte sicher nicht geschehen können, wenn tatsächlich eine Finanzpolitik am Rande des Defizits geführt worden wäre, ganz abgesehen davon, dass eine solche Politik unter den gegenwärtigen Umständen völlig fehl am Platze ist. In der Hochkonjunktur sollte eigentlich eine antizyklische Haushaltspolitik betrieben werden. Hieraus ergibt sich u.U. die Notwendigkeit der Bildung von Rücklagen für Krisenzeiten. In den ganzen 12 Jahren der CDU-Regierung ist noch nicht einmal die nach der Reichshaushaltsordnung (§ 26 Abs. 4) vorgeschriebene Betriebsmittel-Rücklage gebildet worden, die eine Inanspruchnahme von Krediten unnötig machen soll. Dieses Versäumnis wiegt in Zeiten ungewöhnlicher Steuermehreinnahmen besonders schwer.

3. Die mit grossem Aufwand angekündigte Reform der Finanzverfassung ist nur ein Lippenbekenntnis geblieben. Den Gemeinden wurde von der CDU in unmissverständlicher Weise eine Beteiligung an der Umsatzsteuer versprochen, um die Gemeindefinanzen auf eine festere, krisenunempfindlichere Grundlage zu stellen. Daneben wurden allgemeine Reformen zugunsten der Gemeinden zugesagt. Nichts dergleichen ist aber geschehen. Im Gegenteil: Durch das Steueränderungsgesetz 1961 hat die CDU den Gemeinden Steuerausfälle auferlegt, ohne gleichzeitig sicherzustellen, dass die Gemeinden auf andere Weise (durch Finanzzuweisungen oder durch Abnahme von Lasten) entschädigt werden. Es bleibt vielmehr den Ländern überlassen, ob und in welchem Ausmass sie die Gemeinden entschädigen.

Auch die in Aussicht gestellte Bereinigung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern unterblieb. Dabei brauchten noch nicht einmal besondere Anlässe gesucht zu werden, sie ergaben sich in der zu Ende gehenden Legislaturperiode zwangsläufig. Aber bei der Behandlung aller Einzelfälle wurden die Grundsatzfragen stets umgangen oder ausgeklammert. Der Bundesfinanzminister beklagt zwar die unterschiedliche Entwicklung der Haushaltslage in Bund und Ländern, weil den Ländern ein prozentual höherer Steuerzuwachs zufließt, er hat aber keinen Versuch unternommen, im Verhandlungswege mit den Ländern eine sinnvollere Abgrenzung solcher Aufgaben vorzunehmen, bei denen die Bundeszuständigkeit zweifelhaft oder überhaupt nicht gegeben ist. Statt dessen wird erneut die Forderung nach einer Finanzreform erhoben, deren Notwendigkeit noch nicht bewiesen ist. Der lautstarke Ruf nach einer Finanzreform kurz vor der Wahl des Bundestages soll offenbar die Unzulänglichkeit der bisherigen Finanzpolitik übertünchen.

Ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit sichern

Wir befürworten weiter, dass der Deutsche Bundestag in Anknüpfung an die einmütigen Entschliessungen des Bundestages vom Juni und Oktober 1958 eine Willenserklärung des frei gewählten Parlaments zur deutschen Situation abgibt, die uns auch für die vor uns liegende Zeit des Wahlkampfes ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit sichert und der Welt unsere Bereitschaft zu einer friedlichen Regelung der deutschen Frage klar macht.

Willy Brandt vor der Berner Bundes-
pressekonferenz am 23. Juni 1961.

sp - Den abnormalen Zustand des gespaltenen Deutschland und des gespaltenen Berlin will der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow durch den Abschluss eines separaten Friedensvertrages unter dem Tarnmantel der Friedenssicherung endgültig fixieren. Kein deutscher demokratischer Politiker wird ihm dabei behilflich sein. Wir können, sagte Brandt in der gleichen Pressekonferenz, wenn die Demokratie in Deutschland eine Zukunft haben soll, "unsere Landsleute in der sowjetisch besetzten Zone nicht abschreiben oder verraten, indem wir der Spaltung zustimmen". Wir könnten nicht vor uns selbst bestehen.

Eine Propagandawelle ungeheuren Ausmaßes kommt auf die Bundesrepublik zu. Sie bezweckt, den freien Teil Deutschlands als Bösewicht und internationalen Unruhestifter abzustempeln, sie soll Verwirrung in die westliche Welt hineinbringen, um sie den Deutschlandplänen der Sowjetunion gefügiger zu machen. Wir dürfen uns gewiss auf die Treue unserer Verbündeten verlassen, aber das allein wird nicht genügen. Das Ausland schaut auf uns und beurteilt uns auch danach, ob wir imstande sind, ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit und innerer Geschlossenheit zu bewahren. Es gilt, mächtige Energien in unserem Volk und in der uns befreundeten Welt zu mobilisieren, um den Gang der Entwicklung in einem anderen Sinne zu beeinflussen, als es einer Chruschtschow vorschwebt. Es gilt, die deutsche Frage - und das ist eine Frage des Rechtes und der Selbstbestimmung - zum Gegenstand des internationalen Interesses zu erheben. Stärker als bisher muss der Welt deutlich gemacht werden, dass wir als Deutsche einen Frieden erstreben, der Sicherheit und Schutz allen Völkern gibt, stärker als bisher müssen alle politischen Kräfte in der Bundesrepublik auf die Zerstörung des Zerrbildes hinwirken, das die Sowjetunion über das deutsche Volk in die Welt gesetzt hat. Vor dieser gemeinsamen Aufgabe sollten die parteipolitischen Gegensätze an Bedeutung und Schwere verlieren.

Barbarei in Angola

H.P. Die portugiesische Regierung setzt ihre militärischen Operationen gegen die afrikanische Bevölkerung fort, die man nur noch als Ausrottungskampagne bezeichnen kann. Durch fliehende europäische Missionare sind in den Hauptstädten Europas Einzelheiten über diese Ausrottungskampagne bekannt geworden, die eine sofortige Aktion der freien Welt erfordern. Die Einzelheiten der Militäroffensive, die dazu geführt hat, Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern abzuschlachten oder sie durch das Inbrandsetzen der Wälder den Flammen preiszugeben, sind zu grausam, um in einzelnen beschrieben zu werden. Die diplomatischen Missionen, auch die der Bundesrepublik, besitzen genügend Material, um diese Feststellungen zu untermauern.

Dieses Wochenende wird der Weltkirchenrat in Genf zusammentreten, um Protest zu erheben und die notwendigen Hilfsmaßnahmen für die Flüchtlinge zu koordinieren. In England haben sich die verschiedenen kirchlichen Organisationen zusammengeschlossen, nachdem das Internationale Rote Kreuz die Anzahl der angolischen Flüchtlinge in Kongo auf über 100 000 beziffert hat.

In den Vereinigten Staaten von Amerika haben 80 prominente katholische und protestantische Würdenträger an Präsident Kennedy und die "christliche Bevölkerung von Portugal" appelliert, das Blutbad in Angola zu beenden. Man nimmt an, dass die Nachrichten aus Angola wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Vertreter der USA in den Vereinten Nationen Portugals Haltung verurteilt haben.

Der Feldzug zur Ausrottung der afrikanischen Bevölkerung in Angola wird von den Truppen ausgeführt, die aus Portugal zu dieser Zwecke geschickt wurden. Diese Gruppen sind eindeutig ein Teil der NATO und sind von den NATO-Verbündeten mit Waffen und Material ausgerüstet. Schon hat die norwegische Regierung die weitere Lieferung an Portugal gestoppt.

In der Präambel des Nordatlantik-Pakts wird betont, dass es das vornehmste Ziel der Mitgliedsstaaten sei, "die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf dem Grundsatz der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten". Was in Angola heute geschieht, steht in flagranten Gegensatz zu dem Ziel der NATO. Wenn der Westen nicht jede Glaubwürdigkeit verlieren will, müssen die NATO-Verbündeten sich sofort eindeutig von ihrem Bündnispartner Portugal distanzieren. Auch von der Bundesrepublik muss erwartet werden, dass sie zu den Vorgängen in Angola Stellung bezieht und das Recht auf Selbstbestimmung, das wir für unser eigenes Volk fordern, auch als gültiges Prinzip für Angola anerkennt. Alle Waffenlieferungen müssen gestoppt werden, wenn nicht die Bundesregierung und ihre Partner das Aufbauwerk in den Entwicklungsländern durch Unterlassung zunichte machen wollen.

200 000 algerische Flüchtlinge und leere Kassen

Von Bruno Kuster, Genf

Ende Mai erklärte Thomas Jamieson, Direktor des UN-Hochkommissariats für die Flüchtlinge, die Fortsetzung der Hilfe an die über 200 000 algerischen Flüchtlinge in Marokko und Tunesien sei nur noch bis Ende Juni finanziell gesichert. Selbst wenn die nun unterbrochenen französisch-algerischen Friedensverhandlungen wieder aufgenommen und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden, erfordert das Schicksal dieser Menschen, die während Jahren dank internationaler Hilfe gerade knapp vor dem Verhungern bewahrt werden konnten, unverzüglich eine erneute Anstrengung der Regierungen und privaten Organisationen. Zwar ist die Liga der Rotkreuzgesellschaften, wie Ray Schaeffer vor dem Exekutivausschuss des Hochkommissariats bekanntgab, bereit, ihre segensreiche Tätigkeit vorläufig noch weiterzuführen, doch sind auch ihre Mittel erschöpft. Die Liga bezeichnet die bisher geleistete Hilfe als ein Minimum, das nicht weiter abgebaut werden kann, ohne die ganze Aktion, das heisst das Leben von Hunderttausenden, zu gefährden.

Einmütig anerkannten die Mitglieder des Exekutivausschusses, dass die Hilfe an die algerischen Flüchtlinge noch während einiger Zeit weitergeführt werden muss, und zwar selbst dann, wenn der Algerienkonflikt bald eine Lösung findet. Denn die Rückkehr dieser Menschen in die von den Kriegshandlungen zerstörten Dörfer ist noch nicht das Ende ihrer materiellen Not. Wenn das gewiss nicht mit irdischen Gütern gesegnete Tunesien den zwanzigsten Teil seiner Staatsausgaben für die Flüchtlinge aufwendet, ist wohl auch die Hoffnung berechtigt, dass die wohlhabenden Länder nicht fünf Minuten vor Zwölf in der Erfüllung ihrer menschlichen Pflicht versagen.

Man wird sich damit abfinden müssen, dass es in allen Teilen der Welt noch während langer Zeit Flüchtlingsnot geben wird - so lange, als politische Wirren und Unruhen Menschen aus ihren Wohnstätten vertreiben. Die organisatorische und materielle Bereitschaft, neuer Not sofort begegnen zu können, wird leider zu einer permanenten Aufgabe, der sich das Hochkommissariat für die Flüchtlinge nur wirksam widmen kann, wenn es von allen Menschen guten Willens unterstützt wird.

Der grossartige Erfolg des Weltflüchtlingsjahres (man schätzt sein finanzielles Ergebnis jetzt auf 92 Millionen Dollars, wovon allerdings nur 14,5 Millionen dem Hochkommissar zur Verfügung stehen) stellt die Hilfsbereitschaft von Millionen Menschen ein glänzendes Zeugnis aus: eine Hilfsbereitschaft, die aber nicht ein einmaliges Ereignis bleiben darf, ist sie doch die einzige Hoffnung aller derjenigen, die heute oder in Zukunft gezwungen sind, sich der Herrschaft des Unrechtes zu entziehen.

Der Vorschlag der Vertreterin Hollands, Fräulein A.F.W. Luxsingh Meijer, den 100. Geburtstag Fridtjof Nansens am 10. Oktober in der ganzen Welt nicht nur mit schönen Worten, sondern mit Taten wirksamer Solidarität zu begehen, fand deshalb beim Exekutivausschuss lebhafteste Zustimmung. Er erteilte dem Hochkommissar den Auftrag, die Regierungen auf diese Gelegenheit aufmerksam zu machen, um erneut alle Schichten der Bevölkerung zugunsten der Flüchtlinge anzusprechen. Doch wäre es nicht in der Art von Fridtjof Nansen, nur passiv auf die Beschlüsse der Regierungen zu warten. Jedermann ist aufgerufen, des grossen Menschenfreundes zu gedenken. An Gelegenheiten und Postschecknummern fehlt es nicht. Sowird die beispiellose Solidaritätsbewegung des Weltflüchtlingsjahres weiterleben - vielleicht als alljährlicher Nansen-Tag?

Aus Weiss nach Schwarz

W.F. Wenn die zahlreichen kleinen Geschichten aus der Arbeit der Gemeinde-, Stadt- und Kreisparlamente der Wahrheit entsprechen, die in Mitteilungs- und Informationsschriften der CDU/CSU laufend abgedruckt werden, so müssten diese Parlamente wahrhafte Augiasställe sein, die gründlichen Ausmistens bedürften - sie beschäftigten sich nämlich hauptsächlich mit Korruption, Machtmissbrauch, Bestechung und anderen Unrechtsdingen. Gottseidank ist dem aber nicht so, und an der Spitze der CDU weiss man das auch. Die CDU leidet offensichtliche unter der Minderheiten-Position, die sie nach wie vor auf der kommunalen Ebene einnimmt und versucht, ihre Minderwertigkeitskomplexe auf dem Wege über Wunschdarstellungen in der Presse und Aufdeckung angeblicher Mißstände abzureagieren. Dabei bedient sie sich wenig wählerisch unglaublicher Methoden. Wir sind einem Fall einmal nachgegangen:

Im Kreistag von Goslar wurde am 17. April mit den Stimmen von 15 SPD- und 2 BHE-Abgeordneten ein sozialdemokratischer Landrat gewählt. 12 CDU- und 2 BHE-Abgeordnete stimmten dagegen. Hätte die BHE-Fraktion geschlossen für den CDU-Kandidaten gestimmt, würde dieser die Mehrheit erhalten haben. Was wunder, dass die CDU über das Auseinanderbrechen der BHE-Fraktion betriibt war, ging ihr doch ein Amt verloren, das sie nach den vorausgegangenen Verhandlungen bereits in der Tasche zu haben glaubte.

Über dieses für die CDU gewiss bedauerliche Ergebnis der Landratswahl wurde in der CDU-Wahlschrift "Niedersachsen-Zeitung" vom Mai 1961 ausführlich berichtet. Dabei wurde auch die Erklärung eines BHE-Abgeordneten erwähnt, der dann mit der CDU gestimmt hatte, der künftige Landrat, den die SPD stellen wolle, habe dem stellvertretenden Landrat - den der BHE stellen solle - "einen Anteil von monatlich 75 DM von seiner Aufwandsentschädigung zugesichert". Die Zeitung berichtet dann über eine "lahme Gegenerklärung" der SPD, in der die Mitteilung des BHE-Abgeordneten als "ungeheuerlich" bezeichnet und bestritten wurde, dass ein Stimmenkauf beabsichtigt gewesen sei. Man habe ledig-

23. Juni 1961

lich eine gesonderte Aufwandsentschädigung für den stellvertretenden Landrat in der genannten Höhe in den Etat einzusetzen wollen. Wieso das eine "lahme" Erklärung ist, soll die "Niedersachsen-Zeitung" erklären. Man muss dazu nur wissen, dass eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung für den Landrat zwei Jahre zuvor gegen den Willen der SPD, die die bisherige Entschädigung für angemessen hielt, von der CDU durchgesetzt wurde, und dass die SPD nun erklärte, sie werde sich für eine Herabsetzung einsetzen. Sie sei allerdings der Ansicht, auch dem stellvertretenden Landrat sollte eine monatliche Aufwandsentschädigung gewährt werden. Wie dem auch sei, die "Niedersachsen-Zeitung" schliesst mit der Feststellung, hier zeige sich wieder einmal das "sozialdemokratische Machtstreben". Das ist ihr gutes Recht, schliesslich verlor sie in Goslar durch demokratische Wahl ihr bisheriges Landratsmandat.

Nun geht's aber weiter. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn bemächtigte sich des Vorfalles. In der Juni-Ausgabe ihres Informationsdienstes "Union in Deutschland" stellt sie die Frage "Für 75 DM monatlich?", spricht von "seltsamen Vorgängen" und beginnt ihren Bericht mit den Worten: "Wenn die Erklärung eines Sprechers des BHE in Goslar zutrifft, dann erkaufte sich der Kandidat der SPD seine Wahl zum Landrat mit einem monatlichen Handgeld in Höhe von 75 DM". Die Erklärung stimmt aber nicht; und es stimmt auch nicht, dass die SPD in Goslar nur "zögernd Rede und Antwort" stand! Ihre Antwort fiel vielmehr so eindeutig aus, dass der BHE-Abgeordnete am Schluss der Kreistagssitzung sagte, hätte er das vorher gewusst, wäre seine Erklärung von ihm überhaupt nicht abgegeben worden. Aber das interessiert die CDU offenbar nicht. In der Presse-Korrespondenz der "Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU" vom 20. Juni wird die gleiche Geschichte trotz ihrer eindeutigen Aufklärung wieder vorgebracht. Offenbar mit der Absicht: Wenn es schon nicht stimmt, so wird vielleicht doch etwas hängen bleiben. Die SPD kauft Abgeordnete, für 75 DM monatlich ...

Wer weiss, wo die falsche Darstellung nun noch überall erscheint. Und vielleicht geglaubt wird, weil den wahren Tatbestand ohne eigene Nachprüfung niemand erraten kann. Aber so unwahrhaftig sind viele CDU-"Informationen" in ihrem Kern. Wenn es unmöglich ist, sie sämtlich zu dementieren, hier ist ein Beispiel für die Methode der CDU-Propaganda - möge sie keine Nachahmung finden. Es wäre der Tod der Demokratie.

Zeitgeschichte...

Doppel-Pensionär

Es gab einmal einen Staatssekretär im Bundespostministerium, Professor Gladenbeck, der trat wegen seiner angegriffenen Gesundheit in den Ruhestand. Gleich darauf freilich setzte er sich den Strapazen eines neuen Postens aus: Er wurde, trotz seiner angegriffenen Gesundheit, einer der beiden Geschäftsführer bei der Gesellschaft "Freies Fernsehen". Dafür bekam er ein Jahresgehalt von 84 000 Mark und weitere jährliche Zuwendungen von etwa 36 000 Mark. Ausserdem bezog er die ansehnliche Pension eines Staatssekretärs.

Nun hört man, dass Professor Gladenbeck und auch der zweite Geschäftsführer der "Freies Fernsehen GmbH", Schmidt, der aus den rauhen Gefilden der Wirtschaft kommt, sich wenige Wochen vor der Verkündung des Karlsruher Urteils ihre Gehaltsbezüge vertraglich für fünf Jahre garantieren liessen. Und das wirft nun allerdings beunruhigende Fragen auf.

Wer unterzeichnete eigentlich auf der Gegenseite diesen Vertrag? Weiter: Werden die beiden Herren -ebenso wie andere Besitzer solcher langjährigen Verträge der "Freies Fernsehen GmbH"- jetzt, wo die Liquidation der Gesellschaft eingeleitet wird, auf der Erfüllung dieser Verträge bestehen?

Die Bezahlung könnte nur aus Steuergeldern erfolgen. Dafür aber hätten weder der Haushaltsausschuss des Bundestages noch das Plenum Verständnis und erst recht nicht der Bundesrechnungshof. Denn wenn wir auch nicht mehr in dem korrekten alten Preussen leben, irgendein Rest seiner soliden Maßstäbe muss doch noch vorhanden sein. Zumal in Bevölkerungsschichten, die gern auf ihr Berufsethos hinweisen. Und im besonderen bei Leuten, denen der Steuerzahler ihren Staatsdienst ohnehin mit einer hohen Beamtenpension honoriert.

(Entnommen aus: "Die Zeit" vom 23. Juni 1961)

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel